1. Fällt Personen, welche in einem Ladengeschäfte als Verkäufer für Rechnung des Prinzipals angestellt sind, wenn sie sich Ware aus den Geschäftsvorräten rechtswidrig zueignen, Diebstahl oder Unterschlagung zur Last?

St.G.B. §§. 242. 246.

I. Strafsenat. Ur. v. 5. April 1880 g. St. Rep. 747/80.

I. Landgericht Breslau.

Aus den Gründen:

„Die Feststellung:

„die St. habe dem Fleischer K., während sie bei demselben als Ladenschleußerin diene, durch mehrere, wenigstens zwei, selbständige Handlungen Fleischwaren und Geldbeträge im Gesamtwerte von ungefähr 50 Mark, dem K. gehörig, (diesem) in der Absicht rechtswidriger Zueignung weggenommen,“

begreift alle gesetzlichen Merkmale des wiederholten Diebstahles.

Ein unterliegender Rechtsirrtum, insbesondere eine irrige Auffassung des Begriffes dieses Vergehens ist unerächtlich.

Wenn die Mitangeklagte speciell behauptet, sie habe die angeblich entfremdeten Gegenstände bereits selbst in Besitz gehabt und deshalb an denselben höchstens eine Unterschlagung, keinen Diebstahl begehen können, so übersieht sie, daß in der vorerwähnten Feststellung, wonach sie die bezeichneten, ihr fremden beweglichen Gegenstände dem K. weggenommen hat, im Anschluß an den Wortlaut des Gesetzes, zugleich die Thatfache enthalten ist, daß nicht sie, wie zur Anwendung des St.G.B.'s §. 246 erforderlich wäre, vielmehr der Eigentümer und Dienstherr K. sich im Besitz, bezüglich dem Gewahrham zur Zeit der Aneignung befunden hat.

Dieser Gewahrham, des K. ist auch rechtzutreffend angenommen.

Da die St. als „Ladenschleußerin“ im Geschäfte des K. diente, ihre Verrichtungen diejenigen einer Verkäuferin für Rechnung des Prinzipals in dessen Laden waren, so hatte sich dieser des Gewahrsams seiner Warenvorräte und des dafür erlösten, in der Kasse aufbewahrten Geldes nicht entäußert, behielt diesen eigenen Gewahrsam vielmehr bei, da er denselben, soweit erkennbar, nicht durch besondere Akte der Angeklagten übertragen hatte, vielmehr in der Lage und gewillt war, seine ausschließliche Verfügungsgewalt auch der ihm dienstlich untergebenen, in seinen Geschäftsräumlichkeiten nur zu speziellen Diensthandlungen ermächtigten Angeklagten gegenüber jederzeit auszuüben.

Zu einer näheren Auseinandersetzung dieser aus der Stellung des K. und der Eigenschaft des Angeklagten als „Ladenschleußerin“ von selbst sich ergebenden Verhältnisse hatte das Landgericht beim Mangel deshalbiger Einwendungen der Angeklagten, die sich selbst als „Verkäuferin“ bezeichnete, keinen nötigen Anlaß.

Die Ausführung der Revisionschrift, welcher zufolge die Angeklagte eigenen Gewahrsam an den fraglichen Gegenständen gehabt haben will, tritt deshalb mit der auch insoweit ohne ersichtlichen Rechtsirrtum getroffenen tatsächlichen Feststellung in Widerspruch und ist schon deshalb nicht zu beachten. Ohnehin geht die Revisionschrift nur von der hypothetischen Unterstellung einer der Angeklagten „anvertrauten Verwaltung“ aus.

Das angefochtene Urteil deutet nicht entfernt Momente an, welche auf eine freie selbständige Innehabung der Angeklagten, namentlich etwa darauf schließen lassen, daß ihr die Sachen im Sinne des St.G.B.'s §. 246 „anvertraut“ gewesen seien, würdigt vielmehr den „Vertrauensbruch“ der Angeklagten lediglich bei Ausmessung der ihr wegen des verübten Diebstahls nach St.G.B. §. 242 zuzuerkennenden Strafe.“